

PolRess AP 2 – Politikansätze und -instrumente

Dokumentation des Fachgesprächs  
Kommunen und  
Ressourceneffizienz



## PolRess – Ressourcenpolitik

Ein Projekt im Auftrag des Bundesumweltministeriums und des Umweltbundesamtes

Laufzeit 01/2012 – 05/2015

FKZ: 3711 93 103



### Fachbegleitung UBA

Judit Kanthak

Umweltbundesamt

E-Mail: [judit.kanthak@uba.de](mailto:judit.kanthak@uba.de)

Tel.: 0340 – 2103 – 2072

### Ansprechpartner Projektteam

Dr. Klaus Jacob

Freie Universität Berlin

E-Mail: [klaus.jacob@fu-berlin.de](mailto:klaus.jacob@fu-berlin.de)

Tel.: 030 – 838 54492

### Projektpartner:



*Die veröffentlichten Papiere sind Zwischen- bzw. Arbeitsergebnisse der Forschungsnehmer. Sie spiegeln nicht notwendig Positionen der Auftraggeber oder der Ressorts der Bundesregierung wider. Sie stellen Beiträge zur Weiterentwicklung der Debatte dar.*

## Dokumentation

### Fachgespräch: Kommunen und Ressourceneffizienz

17. April 2015, 10:30-16:00 Uhr

Sitzungsraum 2.101a (2. Etage) im Dienstgebäude BMUB Krausenstraße 17-18, 10117 Berlin

Teilnehmer (Liste im Anhang)

Dokumentation: Stefan Werland, Hannah Büttner

## Das deutsche Ressourceneffizienzprogramm

Input: Herr Dr. Bajorat (BMUB)

Das deutsche Ressourceneffizienzprogramm ProgRes wurde im Jahr 2012 verabschiedet. Den Hintergrund bildeten u.a. die Rohstoffkrise und die damit verbundenen Fragen der Verfügbarkeit von Rohstoffen, aber auch die Frage, unter welchen Umständen Rohstoffe gewonnen werden und welche Umwelteffekte damit verbunden sind. Dies gilt sowohl für die inländische Rohstoffgewinnung – vor allem von Baustoffen – aber auch für die Gewinnung bspw. von Metallen im Ausland. Ein Ziel von ProgRes ist daher die Nachhaltige Rohstoffgewinnung. Ressourceneffizienz ist aber auch zentral für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie.

Entsprechend werden in ProgRes Handlungsansätze entlang der Wertschöpfungskette thematisiert und anhand konkretisierender Beispiele verdeutlicht.

Im Anhang werden Aktivitäten unterschiedlicher Akteure wie z.B. der Bundesregierung, der Länder, oder von Verbänden dargestellt. Kommunen fehlen in dieser Aufzählung bislang. Daher soll im Rahmen der derzeit laufenden Fortschreibung des Programms in ProgRes II auch ein Beitrag der Kommunen bzw. kommunalen Spitzenverbände enthalten sein. Derzeit soll auf Wunsch der kommunalen Verbände der Fokus auf der kommunalen Wirtschaftsförderung liegen.

Das Ziel des Workshops ist es, darüber hinausgehend ein breiteres Bild über kommunale Handlungspotenziale zu erlangen. Es soll identifiziert werden, wo aus Sicht kommunaler Akteure Handlungsbedarf besteht, welche Rahmenbedingungen für kommunales Handeln relevant sind und welche Maßnahmen auf bundespolitischer Ebene getroffen werden können um Kommunen dabei zu unterstützen, ressourceneffizient zu handeln.

## Kurzinput Kommunale Handlungsfelder

Präsentation von Stefan Werland (FU Berlin): [kommunale Handlungsfelder](#)

Das Auswahlkriterium für die Handlungsfelder ist die Inputorientierung der Ressourcenpolitik: Wo haben Kommunen besondere Potentiale, um den Input an Rohstoffen zu verringern? Vorarbeiten im PolRes-Projekt haben gezeigt, dass Handlungspotentiale der Kommunen insbesondere in den Bereichen Planung und Raumordnung, öffentliche Beschaffung, kommunale Wirtschaftsförderung sowie bei der Etablierung und dem Management lokaler bzw. regionaler Stoffströme bestehen.

## Kommunale Handlungsfelder: Lokale / regionale Stoffströme

Präsentation von Herrn Verbücheln (difu): [Erhöhung der Ressourceneffizienz durch lokale und regionale Stoffkreisläufe und Stoffströme](#)

Diskussion:

In der Diskussion wurde zunächst auf die **Vorbildwirkung von Kommunen** und der öffentlichen Hand allgemein verwiesen. Für öffentliche Bundesbauten ist eine Zertifizierung nach dem Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen gesetzlich vorgeschrieben. Eine Ausweitung dieser Pflicht auf kommunale Bauprojekte könnte ein Hebel sein, um Ressourceneffizienz zu stärken. Kommunen

könnten bei Schulgebäuden eine besondere Vorbildfunktion einnehmen, weil Kinder frühzeitig für Ressourcen-Belange sensibilisiert werden. Zudem würde die Ausstattung von Schulen als **weicher Standortfaktor zur Steigerung der Attraktivität von Kommunen** beitragen. Allerdings wurde auch auf die Kassenlage vieler Kommunen verwiesen, die Neubauprojekte erschwere.

Letztlich sei Ressourceneffizienz in Kommunen eine Integrationsaufgabe, die viele Bereiche und Zielsetzung berührt: Bei Infrastrukturen sind dies beispielsweise Demographiefestigkeit und Klimaresilienz. Daher sei eine integrierte Planung notwendig, hierfür gilt es **geeignete Zeitfenster zu nutzen**, denn die lange Nutzungsdauer von Infrastrukturen erschwert eine ad hoc Umsetzung. Zudem sind die Zeitfenster für Erneuerungsinvestitionen bei den einzelnen Komponenten (z.B. Straßen, netzgebundene Infrastruktur) nicht notwendigerweise aufeinander abgestimmt, so dass es zu lock in Effekten kommen kann. Eine kommunale Ressourceneffizienzstrategie kann solche Zusammenhänge und Zeitpunkte systematisch in den Blick bringen.

Insgesamt müsse geklärt werden, wie sich Ressourceneffizienz zu der **Vielzahl an bereits bestehenden Leitbildern und Konzepten** verhält – ob es sich um ein weiteres Leitbild, ein kommunalpolitisches Querschnittsthema oder um eine Integrationsaufgabe, die möglicherweise in Form rechtlicher Vorgaben ausgestaltet wird, handelt.

Eine wirkungsvolle Lösungs-Möglichkeit, um zu einer **integrierten Planung** zu kommen, sind abteilungsübergreifende Arbeitskreise. Diese können zu bestimmten Themen (z.B. Energieeffizienz, konkrete soziale Fragen) ins Leben gerufen werden, dann aber eine Eigendynamik entwickeln und weitere Themen identifizieren und aufgreifen, ggf. in eigenständigen Arbeitsgruppen. Hier ergeben sich mögliche Ansätze, um ressourcenpolitische Themen in Kommunen zu etablieren. Externe finanzielle Unterstützung für die Kommune sowie das Commitment und die zuverlässige Teilnahme hochrangiger Vertreter wie des Oberbürgermeisters sind hilfreich für den Erfolg einer solchen Kooperation.

Die Etablierung **kommunaler Ressourcenstrategien** könne ein weiterer Schritt zu einer Integration von kommunalen Handlungsfeldern wie bspw. Klimaschutz, Infrastruktur, Siedlungsentwicklung, Mobilitäts- und Verkehrskonzepte sein. Konzeptionell könnte sich eine solche Strategie an prioritären Stoffströmen orientieren. Wie genau eine solche Strategie aussehen könnte ist von den jeweiligen Rahmenbedingungen abhängig (welche Akteure sind vor Ort aktiv gibt es z.B. bottom up-Bewegungen wie transition town, gibt es bestimmte besonders relevante Stoffströme?). Zur Unterstützung von Kommunen bei der Formulierung von Strategien sollte seitens der Bundesebene eine **öffentlich zugängliche Datenbank**, in der Beispiele Guter Praxis auffindbar sind, etabliert werden.

Ein weiterer Ansatzpunkt, um Kommunen für das Thema Ressourceneffizienz zu sensibilisieren sei es, die bereits breit etablierte Energieeffizienzberatung zu nutzen. Allerdings sei der direkte Kostenanteil für Rohstoffe in Kommunen im Vergleich zu Unternehmen eher gering.

Bei regionalen und lokalen Stoffströmen solle, so wurde in der Diskussion argumentiert, der **soziale und ökonomische Nutzen vor Ort** (v.a. lokale Wertschöpfung und Arbeitsplätze) stärker herausgestellt werden. Bezüglich der ökologischen Folgewirkungen wurde darauf hingewiesen, dass sich regionale Stoffströme derzeit vor allem auf den Anbau und die Nutzung von Biomasse beziehen.

Dabei sei darauf zu achten, dass negative ökologische Folgewirkungen aus einem verstärkten Anbau nachwachsender Rohstoffe vermieden werden. Dies müsse bei der Bewertung von Stoffkreisläufen beachtet werden.

## Kommunale Handlungsfelder: Ressourceneffiziente öffentliche Beschaffung

Präsentation von Jens Gröger, Öko-Institut: [Ressourceneffiziente öffentliche Beschaffung](#)

Präsentation von Aiko Wichmann, Vergabe- und Beschaffungszentrum der Stadt Dortmund:

[Praxisbeispiele für die Berücksichtigung Nachhaltiger Kriterien in der öffentlichen Beschaffung](#)

Diskussion:

In der Diskussion wurde das seitens der Referenten dargestellte Vorgehen einer Beschaffungsstrategie, welche zunächst den Gegenstand und die Anforderungen definiert, klar unterstrichen. Auch hier wurde auf die Bedeutung von entsprechenden koordinierenden Strukturen (Zentrale Beschaffung, Arbeitskreise o.ä.) hingewiesen.

Ein Teilnehmer schilderte die positiven Erfahrungen und Lerneffekte im Hinblick auf die kommunale betriebliche Mobilität: angestoßen durch die Vorgabe Elektroautos zu nutzen wurde aufgrund der begrenzten Reichweiten der Autos der konkrete Mobilitätsbedarf der Kommune untersucht – mit dem überraschenden „Neben“Ergebnis, dass trotz der Investitionen in Elektroautos umfassende Einsparungen bei gleicher Mobilität der Beschäftigten möglich sind.

Ferner wurde die **Bedeutung von Lebenszykluskosten** (LC-Kosten) bei der öffentlichen Beschaffung thematisiert. Dabei wurde betont, dass es im Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen (TVgG-NRW) bereits eine generelle Vorgabe gebe, LC-Kosten zu beachten. Allerdings seien viele Faktoren wie bspw. Sozialverträglichkeit oder vermiedene Emissionen in der Stadt nicht monetär zu bewerten. Auch bei Energiekosten könne eine LC-Rechnung problematisch sein, bspw. wenn bei energieverbrauchenden Geräten abweichende Angaben vorliegen oder wenn die zukünftige Nutzungsintensität unklar ist. Daher könne es sinnvoller sein, das Ziel funktional zu beschreiben.

Damit Unternehmen bereit sind, Investitionen in ressourceneffiziente Verfahren und Technologien zu unternehmen um die in Ausschreibungen formulierten Anforderungen zu erfüllen (Konkretes Beispiel: Ausschreibung zu selektivem Rückbau von Straßen und Nutzung des Recyclingmaterials), sei ein Signal aus der Verwaltung wichtig, dass auch in Zukunft ähnliche Anforderungen in Ausschreibungen genutzt werden (Planbarkeit und Verlässlichkeit).

In Bezug auf Ressourceneffizienz wurde darauf hingewiesen, dass eine losweise Vergabe bei größeren Projekten problematisch sein könne. Vielmehr müsse häufig ein schlüssiges Gesamtkonzept verfolgt werden, um möglichst effiziente Bauwerke zu realisieren. Dies sei durch Komplettvergaben einfacher zu realisieren.

Eine zentralisierte Beschaffung könne hilfreich sein, um Kosten der Informationsgewinnung (z.B. Effizienz von Produkten, rechtliche Voraussetzungen) zu verringern. Es gebe Beispiele, in denen eine **zentralisierte Beschaffung auch für ländliche Räume bzw. kommunenübergreifend** realisiert wurde (Paderborn, Nürnberg, themenspezifisch auch im Ruhrgebiet). Weiterhin wurde auf das Kaufhaus des

Bundes als eine Form zentralisierter Beschaffung verwiesen. Die Allianz für Nachhaltige Beschaffung biete Unterstützung, beispielsweise in dem sie rechtssichere Textvorlagen für Beschaffung von RC-Beton und best practice Beispiele online frei zur Verfügung stellt.

Eine stärkere Vereinheitlichung und Verrechtlichung bei der Beachtung von Effizienzbelangen („Soll-Vorgaben“ durch „Muss-Vorschriften“ ersetzen) wurde skeptisch aufgenommen, weil sich Kommunen in ihren Zielvorstellungen und Potentialen zu sehr unterscheiden.

## Ressourcenschonung durch kompakte Siedlungsstrukturen / innerstädtische Brachflächenmobilisierung

Präsentation von Herrn Dr. Arnz, AAV - Verband für Flächenrecycling und Altlastensanierung:  
[Ressourcenschonung durch kompakte Siedlungsstrukturen/ innerstädtische Brachflächenmobilisierung. Beispiele aus der Praxis des AAV](#)

In der Diskussion wurde betont, dass das Thema Flächenrecycling schon älter ist, das politische Interesse daran in den letzten Jahren aber stark zugenommen hat. Zu den Restriktionen, die einer Revitalisierung von innerstädtischen Brachflächen entgegenstehen zählen Kosten für die Entsorgung von Altlasten oder den Rückbau von Gebäuden, unklare Eigentumsverhältnisse und überhöhte Preisvorstellungen der Besitzer. Dadurch seien die **Sanierungskosten häufig höher als der Marktwert**, was eine Unterstützung durch die Politik erforderlich mache, um sanierte innerstädtische Grundstücke auf den Markt zu bringen.

In NRW wurde der Verband für Flächenrecycling und Altlastensanierung (AAV) gegründet. Der AAV wird durch Pflichtbeiträge des Landes NRW (finanziert über Wasserentnahmeentgelt), der Kreise und der kreisfreien Städte (6ct/Ew, über die Abfallgebühr) sowie durch freiwillige Beiträge von Unternehmen finanziert (Novellierung des AAV-Gesetzes im Frühjahr 2013). Zudem ist der AAV am Verkaufserlös der sanierten Flächen beteiligt. Ziele sind die Gefahrenabwehr durch Sanierung von Altlasten sowie Flächenrecycling. Ähnliche Ansätze gebe es in anderen Bundesländern, beispielsweise in Niedersachsen, dort allerdings ohne Beteiligung der Wirtschaft.

Kommunen können Brachflächen zur Sanierung an den AAV melden; diese werden durch AAV-Gremien geprüft. Eine Sanierung kann dann durchgeführt werden wenn der Verursacher nicht festgestellt oder nicht mehr herangezogen werden kann. Um Restrisiken für den Käufer sanierter Flächen abzusichern und die Vermarktung zu fördern wurde ein **Altlastenrisikofond** eingerichtet. Dieser wird durch den AAV finanziert

Neben der finanziellen Unterstützung durch Kommunen und das Land NRW seien **Vorgaben aus dem Landesentwicklungsplan NRW** (→Nutzung brachliegender und ungenutzter Grundstücke hat Vorrang vor der Inanspruchnahme von Freiflächen im Außenbereich) weitere Treiber für die Revitalisierung von Brachflächen. Zudem sei es häufig nicht mehr nötig, Industriegebiete räumlich getrennt von Wohngebieten auszuweisen. Viele Branchen seien mittlerweile weitestgehend emissionsfrei (Schlagwort: Industrie 4.0) und eine Mischnutzung von Wohnen und Industrie in Innenstadtlage möglich. Dies ziehe aber auch **Anpassungsbedarf im Planungsrecht** nach sich.

Allerdings änderten sich die Standortbedingungen, die für Industriestandorte als geeignet angesehen werden: früher wurde bspw. das Rheinufer als geeigneter Standort angesehen (Anlegestellen für



Schiffe), heute liegt der Fokus dort auf Erholung. Daher wurde in der Diskussion argumentiert, dass sanierte Flächen auch aus Ausgleichsflächen genutzt werden könnten, wenn neue Flächen für Gewerbe- und Siedlungsgebiete ausgewiesen werden.

Weiterhin wurde auf das difu-Projekt Circular Flow Land Use Management (CircUse) und die Etablierung kommunaler Flächenentwicklungsagenturen in Österreich verwiesen.

## Ressourceneffizienz durch kommunale Wirtschaftsförderung

Input: Ralf Meurer, GFW Duisburg

Motive für Ressourceneffizienz aus Unternehmenssicht seien finanzielle Vorteile und ein verbessertes Image, möglicherweise auch Zwang durch Vorgaben. Förderprogramme seien wenig bekannt, die Antragstellung vor allem für KMU zudem sehr aufwändig. Ressourceneffizienz sei bislang noch kein Kernthema in Unternehmen, v.a. in KMUs. Ressourceneffizienz wird in Zukunft aber an Bedeutung gewinnen. Diese Situation sei vergleichbar mit der Diskussion um Fachkräftemangel. Hier sei es Aufgabe der Wirtschaftsförderung, solche **Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und die Unternehmen zu sensibilisieren**.

Um Unternehmen für Ressourceneffizienz zu sensibilisieren und Maßnahmen umzusetzen sei eine **aktive und persönliche Ansprache durch die Wirtschaftsförderer** nötig. Die Wirtschaftsförderung kann somit als geeigneter Mittler zwischen Bund und Unternehmen fungieren. Neben Beratung und Information ist die Wirtschaftsförderung aber auch selbst gestaltender Akteur, der vor Ort Netzwerke und Kooperationsprozesse anstoßen kann. Einrichtungen der kommunalen Wirtschaftsförderung seien von den Unternehmen akzeptierte Partner. Wirtschaftsförderung wird in Duisburg im Rahmen einer Public Private Partnership unter Einbeziehung der Wirtschaft betrieben.

Zu den konkreten Maßnahmen zählt die Organisation von Ökoprotit (v.a. die Suche nach teilnehmenden Unternehmen), die Etablierung von Klimaschutzleitkonzepten in Gewerbegebieten, die Gründung von Vereinen in Gewerbegebieten zur Realisierung konkreter Maßnahmen wie Abwasserwärmerückgewinnung;

### Diskussion:

In der Diskussion wurde thematisiert, in wie fern die kommunale Wirtschaftsförderung bereits auf Ressourceneffizienz ausgerichtet ist und ob Expertise in den Kommunen vorhanden ist. Zu den Bereichen Flächennutzung und Energieeffizienz sei bereits ein hohes Maß an Expertise vorhanden, das **Thema Ressourceneffizienz werde mittlerweile wahrgenommen**, die Expertise sei aber noch ausbaufähig.

Vor allem die Energieeffizienz sei ein guter Türöffner, um das Thema Ressourceneffizienz zu transportieren. Neben den Energieeffizienz-Netzwerken könnten auch Ressourceneffizienz-Netzwerke etabliert werden, dabei sei aber auf einen Austausch zwischen den Netzwerken zu achten. In NRW besteht neben der Energieeffizienzagentur auch eine **Ressourceneffizienzagentur**. Im Rahmen der **Kommunalrichtlinie Klimaschutz** gibt es unterschiedliche Teilkonzepte, u.a. zu den Handlungsfeldern „Klimagerechtes Flächenmanagement“ und „Klimaschutz in Industrie- und Gewerbegebieten“. Möglicherweise könnten auch in diesem Rahmen Ressourceneffizienz-Belange eingebracht werden. Voraussetzung für eine Förderung unter den Teilkonzept Gewerbegebiete ist,

dass sich mindestens 30 Prozent der Unternehmen mit mindestens 30 Prozent der Arbeitsplätze an dem Konzept beteiligen. Die letzere Anforderung wird als problematisch angesehen, weil wenige große Unternehmen in einem Gewerbegebiet die Erstellung eines Konzepts verhindern könnten.

Auf die Frage, ob auch die Bereitstellung von technischer Infrastruktur z.B. zur Wärmerückgewinnung in den Bereich der Wirtschaftsförderung falle wurde darauf verwiesen, dass es zunächst die Aufgabe der Wirtschaftsförderung, den Austausch der Unternehmen zu fördern. Die Bereitstellung von Infrastruktur sei dann möglicherweise ein zweiter Schritt.

## Abschlussdiskussion

Die Abschlussdiskussion richtete sich auf die Frage, welche Rolle die vier möglichen Instrumente: Finanzierung/Anreize, Ordnungsrecht, Information und das Anstoßen von Integrations-/Strategieprozessen für die Unterstützung von kommunaler Ressourceneffizienz spielen sollten.

Im Hinblick auf Ordnungsrecht wurde unterstrichen, dass es darum gehen muss erst die Akteure - durch Beratung und ggf. auch finanzielle Förderung - in die Lage zu versetzen, eines Tages die gewünschte Vorgabe auch umzusetzen. So können beispielsweise mit Vorreitern beispielgebende Prozesse entwickelt und umgesetzt und die Ergebnisse - im Sinne einer klaren Anleitung, die es gehen kann - in der Fläche multipliziert werden. Mit einer solchen Vorbereitung und Kompetenzaufbau, sei dann eine schrittweise Anwendung von Ordnungsrecht durchaus zielführend. Es gehe darum, einen strategischen Gesamtprozess anzustoßen, bei dem die Anwendung von Ordnungsrecht dann am Ende steht. Demgegenüber wurde es als kontraproduktiv angesehen, anspruchsvolles Ordnungsrecht anzuwenden, ohne dass diese Voraussetzungen für die Umsetzung geschaffen wurden. Die Instrumente Finanzierung/Anreize und Ordnungsrecht sowie Information/Beratung sollten daher systematisch ineinander greifen.

Eine direkte finanzielle Förderung von Maßnahmen der Ressourceneffizienz wurde eher kritisch bewertet mit dem Argument, dass letztlich die Amortisation durch Ressourceneffizienz das stärkere Zugpferd sein müsste und auch sein kann. Finanzielle Anreize sollten daher nur als Impuls für entsprechende Strategieentwicklungen und Kompetenzaufbau gegeben werden, nicht jedoch für unmittelbare Maßnahmen der Ressourceneffizienz.

Im Hinblick auf rechtliche Spielräume wurde ferner angeregt, zu prüfen inwieweit entsprechende Änderungen der Vorgaben in der HOAI auf das Ziel der Ressourceneffizienz einzahlen könnte. Ferner wurde diskutiert, das Ziel der Ressourceneffizienz in bestehende Gesetze zu integrieren.

Im Hinblick auf das Anstoßen von kommunalen Integrations-/Strategieprozessen wurde empfohlen, diese mit Berichtspflichten an den Stadtrat zu koppeln, um die Bedeutung zu erhöhen. Ferner wurde eine Ankopplung an bereits die bestehenden Energieeffizienzprozesse empfohlen. Die beiden Themen Energieeffizienz und Ressourceneffizienz sollten integriert und gemeinsam bearbeitet werden. Abschließend wurde auf die Bedeutung eines breiten politischen Rückhaltes für das Gelingen von kommunalen Strategieprozessen verwiesen.

## Fazit aus Sicht der Veranstalter

Kommunen verfügen über ein breites Handlungsspektrum mit Bezug zur Ressourceneffizienz. Die Zuständigkeiten sind über die Verwaltungsabteilungen verteilt, daher ist ein integriertes Vorgehen wichtig. Entsprechend ist das Commitment möglichst hochrangiger Verwaltungsmitarbeiter, möglichst der (Ober-)Bürgermeister, wichtig. Diese Amtsträger sollten gezielt angesprochen und für Belange der Ressourceneffizienz sensibilisiert werden. Die Entwicklung kommunaler Ressourcenstrategien könnte ein weiterer Schritt hin zu einem integrierten Vorgehen sein. Wo möglich sollten bottom-up Initiativen in den Formulierungsprozess einbezogen werden.

Es gibt in vielen - auch haushaltsschwachen - Kommunen die Bereitschaft, das Thema Ressourcenschonung aufzugreifen. Hier sind Impulse von außen nötig, um Prozesse in Gang zu

bringen. Das Thema Ressourceneffizienz ist weiterhin relativ abstrakt und wenig greifbar. Entsprechend stellt der Aufwand bei der Informationsbeschaffung und der Zielformulierung für Kommunen bzw. für einzelne Verwaltungsabteilungen ein großes Hemmnis dar. Konkrete Handlungsbeispiele, Maßnahmen und mögliche Motivationen sollten daher klarer herausgestellt werden. Ressourceneffizienz ist eng mit anderen, bereits etablierten Themen verknüpft, sei es Flächennutzung, Energieeffizienz oder Klimaschutz. Hier bestehen es Anknüpfungspunkte, um Ressourceneffizienz in die Debatte auf kommunaler Ebene einzubringen. Für Kommunen sind beispielsweise die Folgekosten von Infrastrukturen relevant, aber auch die Ansiedlung von Zukunftsbranchen in innovativen Gewerbegebieten. Damit Unternehmen das Thema Ressourceneffizienz verstärkt aufgreifen, könnten entsprechende Impulse kommen aus der Wirtschaftsförderung, beispielsweise über Kooperationen mit dem VDI-ZRE.

Um die Informationsbeschaffung und Zieldefinition zu erleichtern sollte eine kostenlos erreichbare Datenbank zur kommunalen Ressourceneffizienz etabliert werden. Darin werden Informationen und Vorlagen u.a. zu den folgenden Themen angeboten:

- Beispiele Guter Praxis (inklusive Kosten / Nutzen); Erfahrungsberichte.
- Rechtssichere Textbausteine für die öffentliche Beschaffung und Auftragsvergabe.
- Handbuch und Textbausteine zur Formulierung kommunaler Ressourcenstrategien.
- Informationen zu Förderprogrammen.
- Arbeitshilfen zur Bestimmung der Folgekosten von Infrastrukturen
- Handbuch: Ressourceneffizienz durch kommunale Wirtschaftsförderung

Die Kommunale Wirtschaftsförderung ist zwar eine Querschnittsaufgabe, deren Spektrum von der Flächennutzung bis zur Beratung von Unternehmen reicht; aber ein alleiniger Fokus auf die Wirtschaftsförderung lässt weitere Potentiale (bspw. in der Beschaffung oder der Siedlungsentwicklung) unangetastet.

Um die Ausbreitung der Beispiele Guter Praxis zu fördern sollte eine Beratungs-Institution für Kommunen, analog zur Arbeit des VDI-ZRE für Unternehmen, eingerichtet werden. Letztlich sollte im Rahmen von Forschungsprojekten geprüft werden, ob – und in welchen Bereichen – spezielle Förderprogramme für Kommunen zu einer höheren Ressourceneffizienz beitragen können.

## Anhang

## Agenda

| Begrüßung und Einleitung  |                      |  |  |
|---|----------------------|--|--|
| 10:30   | 10 Min.              | Begrüßung + Vorstellungsrunde  | BMUB   |
| 10:40   | 20 Min.              | Input BMUB / UBA: Das deutsche Ressourceneffizienzprogramm<br><br><ul style="list-style-type: none"> <li>- Kurzdarstellung ProgRess;</li> <li>- Was ist der Stand bei ProgRess II?</li> <li>- Beteiligungsmöglichkeiten</li> <li>- Was sind die Erwartungen an die Kommunen?</li> </ul>  | BMUB / UBA   |
| 11:00   | 15 Min.              | Kurzinput: kommunale Handlungsfelder   | Stefan Werland, FFU  |
| Kommunale Handlungsfelder – Potenziale und Beispiele guter Praxis |                      |  |  |
| 11:15   | 15 Min.<br>+ 30 Min. | Ressourceneffizienz durch kommunale Wirtschaftsförderung<br><br>Anschließend Diskussion<br><br>Leitfragen:<br><br><ul style="list-style-type: none"> <li>- Was sind aus Sicht der Kommunen die zentralen Hemmnisse, die der Beachtung von RE in der kommunalen Wirtschaftsförderung entgegenstehen?</li> <li>- Wo liegt Handlungsbedarf auf Bundesebene, um die Kommunen zu unterstützen und Hemmnisse zu beseitigen?</li> </ul> | Ralf Meurer, GFW<br>Duisburg   |
| 12:00   | 15 Min.<br>+ 30 Min. | Ressourceneffiziente öffentliche Beschaffung (inkl. Potenziale)<br><br>Anschließend Diskussion<br><br>Leitfragen:<br><br><ul style="list-style-type: none"> <li>- Was sind aus Sicht der Kommunen die zentralen Hemmnisse, die einer ressourceneffizienten öffentlichen Beschaffung entgegenstehen?</li> <li>- Wo liegt Handlungsbedarf auf Bundesebene, um die Kommunen zu unterstützen und Hemmnisse zu beseitigen?</li> </ul> | Jens Gröger, Öko-Institut<br><br>Aiko Wichmann,<br>Vergabe- und<br>Beschaffungszentrum<br>der Stadt Dortmund |
| 12:45   | 45 Min.              | Mittagspause (Suppe & Sandwiches)  |  |
| 13:30   | 15 Min.<br>+ 30 Min. | Ressourcenschonung durch kompakte Siedlungsstrukturen / innerstädtische Brachflächenmobilisierung<br><br>Anschließend Diskussion<br><br>Leitfragen:<br><br><ul style="list-style-type: none"> <li>- Was sind aus Sicht der Kommunen die zentralen Hemmnisse, die einer Mobilisierung von innerstädtischen Brachflächen entgegenstehen?</li> </ul>  | Dr. Roland Arnz, AAV   |

|  |                      |  |                       |
|--|----------------------|--|-----------------------|
|  |                      | - Wo liegt Handlungsbedarf auf Bundesebene, um die Kommunen zu unterstützen und Hemmnisse zu beseitigen?   |                       |
| 14:15  | 15 Min.<br>+ 30 Min. | Lokale / regionale Stoffströme (inkl. Stadt/Umland-Beziehungen)<br><br>Anschließend Diskussion<br><br>- Was sind aus Sicht der Kommunen die zentralen Hemmnisse, die der Etablierung lokaler bzw. regionaler Stoffströme entgegenstehen?<br>- Wo liegt Handlungsbedarf auf Bundesebene, um die Kommunen zu unterstützen und Hemmnisse zu beseitigen? | Maic Verbücheln, difu |
| 15:00  | 15 Min               | Kaffeepause  |                       |
| Vertiefung der Ergebnisse und weiterer Prozess |                      |  |                       |
| 15:15  | 30 Min.              | Offene Diskussion:<br><br>- Welche Schwerpunkte sollten bei der Weiterentwicklung des Ressourceneffizienzprogramms gesetzt und welche Handlungsfelder besonders beachtet werden?<br>- Weiterer Zeitplan ProgRes II: Wo und wann bestehen Möglichkeiten, um Anliegen einzubringen?  | alle                  |
| 15:45  | 15 Min.              | Zusammenfassung und Ausblick   | FFU/BMUB/UBA          |
| 16:00 Ende der Veranstaltung                   |                      |  |                       |

## Teilnehmer

|          |            |           |   |
|----------|------------|-----------|---|
| Herr Dr. | Arnz       | Roland    | AAV                                       |
| Herr Dr. | Bajorat    | Harald    | BMUB                                      |
| Frau Dr. | Büttner    | Hannah    |   |
| Herr Dr. | Dr.        | Klaus     | FU Berlin                                 |
| Frau     | Droste     | Cornelia  | BMUB                                      |
| Herr     | Gröger     | Jens      | Öko-Institut                              |
| Frau     | Kanthak    | Judit     | UBA                                       |
| Frau Dr. | Kristof    | Kora      | UBA                                       |
| Herr     | Meurer     | Ralf      | GFW Duisburg                              |
| Herr Dr. | Pieplow    | Haiko     | BMUB                                      |
| Herr     | Verbücheln | Maic      | Difu                                      |
| Frau     | Voss       | Katharina | BMUB                                      |
| Herr     | Werland    | Stefan    | FU Berlin                                 |
| Herr     | Wichmann   | Aiko      | Vergabe- und Beschaffungszentrum Dortmund |